

Erzieherinnen kritisieren fehlende Sicherheit bei Finanzierung und Planung

# Ganz und gar nicht familienfreundlich

von Anja Luckas

Dortmund. Eigentlich sollte das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) längst fertig sein. War es auch. Doch der Widerstand war so groß, dass NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) vor einigen Wochen ankündigte, den Gesetzentwurf noch einmal überarbeiten zu wollen. Ende August soll es nun eine weitere Anhörung im Landtag geben. Erzieherinnen und Erzieher haben keine große Hoffnung, „dass das Gesetz doch noch familienfreundlicher wird“.

Petra Bock ist sauer. Die Leiterin der AWO-Kindertagesstätte DSW/DEW 21 in Dortmund fürchtet um die Qualität ihrer Einrichtung, wenn „KiBiz“ so wie geplant am 1. August nächsten Jahres in Kraft tritt. Und sie fürchtet um die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiterinnen.

50 Stunden in der Woche hat die Tagesstätte für Kinder im Alter zwischen vier Monaten und sechs Jahren derzeit geöffnet. In Zukunft sollen Eltern wählen können - zwischen 25, 35 und 45 Stunden, die sie ihre Kinder in die Betreuung geben wollen. Rein rechnerisch würde das für Petra Bock bedeuten, dass sie in Zukunft dreieinhalb Erzieherinnen weniger beschäftigen kann. Zudem müsste sie die Kindertagesstätte täglich eine Stunde früher schließen - oder das Personal müsste aus eigener Kraft und sozusagen auf eigene Kosten das erweiterte Angebot aufrechterhalten. „Ich kann doch gar nicht anders, als bei den bisherigen Öffnungszeiten zu bleiben“, sagt Petra Bock wohlwissend um die Mehrbelastung. „Aber was soll ich denn machen?“



In Zukunft sollen Eltern wählen können, ob sie ihre Sprösslinge 25, 35 oder 45 Stunden die Woche in fremde Hände geben wollen. (WR-Bild: Ingrid Weiland)

letztlich doch wieder auf die Kommune abwälze.

So musste die Dortmunder Einrichtung die Elternbeiträge

zwar bisher nicht erhöhen, für die Zukunft ausschließen will Leiterin Petra Bock es aber nicht. Denn auch die Finan-

zierungs- und Planungssicherheit sieht Petra Bock durch das neue Gesetz in Gefahr. So ist geplant, die bishe-

rige Gruppenpauschale, der Träger vom Land kommt, durch eine so genannte „pauschale pro-Kopf-Finanzierung“ zu ersetzen. Was, fragt sich Petra Bock nun, „was passiert, wenn beispielsweise Eltern kurzfristig von ihrem Vertrag zurücktreten? Wird das Geld dann nachträglich wieder abgezogen?“ Und die Mitarbeiterin Petra Bock befürchtet, dass die mangelnde Planungssicherheit zu häufigen Personalwechseln führt. „Für die Betreuung von Kindern nicht gerade optimal.“

Was die Erzieherinnen und Erzieher derzeit aber vor allem ärgert, ist die herrschende Unsicherheit darüber, wann denn nun wirklich am 1. August 2008 geschieht.

## Furcht vor dem Abbau von Personal

„Im schlimmsten Fall“, Kerstin Kolodziej, „müssen wir sogar schließen“. Gemeinsam mit derzeit drei Mitarbeiterinnen betreut sie der Schwelmer Kindertagesstätte „Kleiner Häwelman“ derzeit 15 Kinder im Alter zwischen vier Monaten und sechs Jahren. „Mit zwei Kolodziej fürchtet, dass - je nach Wahl der Eltern - Personal abgebaut wird. Aktionen wie die jährlich stattfindende Waldwoche oder auch die obligatorische Fahrt in die Jugendherberge sieht die Kita-Leiterin schon jetzt in Gefahr.“

Ihre Kritik an KiBiz geht jedoch ebenfalls weiter. So sollen künftig die Gruppenstärken (nach oben) nicht länger festgelegt sein. Was, fragt sich Kerstin Kolodziej, „wenn die Gruppen zu groß werden und das Personal weniger“. Sie denkt ebenfalls könne das mit der Aufsichtspflicht nicht mehr in Einklang bringen.

Am Wochenende bestellte die Schwerter Kindertagesstätte „Kleiner Häwelman“ übrigens zehn Jahre. „Eigenlich“, sagt Kerstin Kolodziej, „wollten wir das gar nicht feiern“. Jetzt tun sie es doch und erst recht. Aus Protest gegen das neue Kinderbildungsgesetz.

## HINTERGRUND

### Gesetz löst Regelung von 1993 ab

- Das Kinderbildungsgesetz, kurz KiBiz, soll am 1. August 2008 in Kraft treten. Nach Ansicht der NRW-Landesregierung stärkt KiBiz den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren.
- Das Gesetz soll nach Willen des Familien-Minister-

- iums die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten an den tatsächlichen Bedarf der Eltern verbessern.
- Minister Armin Laschet will mit KiBiz auch die Kindertagespflege als gleichwertige Alternative zu den Tageseinrichtungen aufwerten.

- Das Gesetz soll die bestehende Regelung für Kindertageseinrichtungen aus dem Jahr 1993 ablösen.
- Laut Landesregierung wird KiBiz eine klare und übersichtliche Finanzstruktur auf der Grundlage von Kindpauschalen eingeführt.

## Das Land wälzt die Verantwortung auf die Kommune ab

Sauer ist die Sozialpädagogin deshalb vor allem auf die Politik, „die immer davon redet, dass wir familienfreundlicher werden müssen“. Was hier allerdings passiere, „ist genau das Gegenteil“. Zumal das Land die Verantwortung